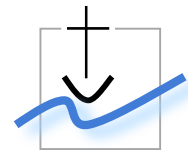


POMMERSCHE EVANGELISCHE KIRCHE



**XI. Landessynode
10. ordentliche Tagung
17. bis 19. Oktober 2008
in Züssow**

Die Botschaft wiedergewinnen

***„Du machst fröhlich, was da lebet
im Osten wie im Westen“***

(Psalm 65, 9 – Monatsspruch Oktober 2008)

Bericht des Bischofs

Hohe Synode,

der Monatsspruch für den laufenden Monat Oktober 2008 gibt uns das Motto für den geordneten Rückblick auf das Berichtsjahr 2007/ 2008: „**Du machst fröhlich, was da lebet im Osten wie im Westen.**“ (Ps 65, 9) Der Schöpfungspsalm geht von der schlichten Tatsache aus, dass es den Menschen ohne Gott nicht gibt. Der Mensch ist von Gott geschaffen und auf umfassende Kommunikation angelegt. Darum braucht er den Gottesbezug: „Du erhörst Gebet; darum kommt alles Fleisch zu dir.“ (V. 3) Gott rüstet den Menschen mit allem aus, was er zum Leben braucht. Gott vergibt Sünde und schafft so Neuanfänge. Darum ist Gott Heil und Zuversicht „aller auf Erden“ (V. 6). Gott schenkt Lebensfreude: „Du machst fröhlich, was da lebet im Osten wie im Westen“. Das Berichtsjahr war erfüllt mit Erfreulichem und großen Herausforderungen. Sechs Themen möchte ich besonders herausheben. Es sind im Einzelnen:

1. Nordkirche: Ordnung durch das Wort?
2. Bugenhagenjahr: Aufbruch durch das Wort
3. Die Botschaft wiedergewinnen
 - EKD-Kompetenzzentrum „Mission in der Region“ - Zentrum Konfessionslosen begegnen - Jahr der Taufe
4. Religionsunterricht und christliche Bildung
5. Das Beben der Finanzmärkte
6. Gedenken an den 9. November 1938

1. Nordkirche: Ordnung durch das Wort?

Der vorgelegte Fusionsvertragsentwurf inklusive der beigefügten Grundsätze für eine zukünftige Kirchenverfassung zeigt, dass die Verhandlungen der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und der Pommerschen Evangelischen Kirche erfolgreich gewesen sind. Freilich war der Preis für ein schnelles Erreichen eines solchen Fusionsvertrages eine hohe Frequenz von Sitzungen und eine gewisse Konzentration der Leitungsaktivitäten auf die Fusionsverhandlungen. Immer wieder ist gefragt worden, ob wir uns dabei von einem gemeinsamen Kirchenbild leiten lassen. Leider haben wir diese Ebene der Zusammenarbeit noch nicht erreicht. Bisher ist die Idee zur **Bildung einer Nordkirche kirchenpolitisch, kaum theologisch bestimmt.**

Allerdings gibt es hier auch illusorische Forderungen. Kürzlich wurde eine theologische Begründung für die Nordkirche gefordert. Veränderungen der jetzigen Kirchengrenzen dürften nur geschehen, wenn für sie eine theologische Begründung vorliegt. Abgesehen davon, dass ich den Eindruck habe, diese unbedingte Forderung wird in erster Linie gestellt, um jegliche Veränderung der jetzigen Landeskirchen zu verhindern, ist die Forderung auch schon in sich irrig. Es gibt keine theologischen Begründungen für konkrete Grenzziehungen von Kirchen. Auch die jetzigen Kirchengrenzen sind nicht theologisch motiviert, sondern Ergebnis politischer, ja sogar kriegerischer Auseinandersetzungen. Landeskirchliche Grenzen sollen möglichst optimal das Zu-

sammenwirken der Kirchengemeinden, ihrer Dienste und Werke, von Verwaltung und Leitung ermöglichen. Sie haben Dienstcharakter.

Schon in den „Sätzen, die uns leiten“ vom Sommer 2007 haben die drei Kirchenleitungen deswegen die Forderung nach einer theologischen Begründung für die konkreten Grenzziehungen abgewiesen. **Aus theologischen Gründen gewinnen die nicht-theologischen Faktoren ein ausschlaggebendes Gewicht.** Aufgrund des Bekenntnisses könnte es Unvereinbarkeiten des Zusammenschlusses geben. Bei drei lutherischen Landeskirchen ist dies allerdings nicht sichtbar.

In diesem Zusammenhang ist die Stellungnahme des Pommerschen Evangelischen Pfarrvereins zum vorgelegten Fusionsvertrag interessant. Sie weist darauf hin, dass die Konkordienformel von Pommern 1579 nicht unterschrieben wurde und auch später ausdrücklich abgelehnt wurde, weil die pommerschen Theologen Luthers und Bugenhagens Lehre in ihr verfälscht sahen. Die Kritik der pommerschen Synoden bezog sich auf die Formulierungen zur Lehre vom freien Willen, von Gesetz und Evangelium und auf den Umgang mit der Confessio Augustana. Unsere Landessynode sollte sich dazu erklären, ob sie diese Argumente heute noch für relevant hält oder nicht.

Die Erwähnung der nichttheologischen Faktoren, die in den „Sätzen, die uns leiten“ beispielhaft aufgeführt worden sind, hat zu wenig Verständnis gefunden, ja sie sind ihrerseits so gut wie nicht als theologisches Argument aufgefasst worden. Das ist – gerade in lutherischer Tradition – erstaunlich, weil hier gemäß der so genannten Zwei-Regimenter-Lehre auch das Schöpfungs- und Führungshandeln Gottes in dieser Welt als Handeln des biblischen Gottes verstanden wird.

Eben hat der Greifswalder Historiker und gegenwärtige Prorektor Michael North in Bezug auf die vorgesehene Fusion der Landeskirchen das große Potential an historischen Gemeinsamkeiten zwischen Mecklenburg, Pommern und von Teilen von Schleswig-Holstein beschrieben. Besonders für Pommern und Mecklenburg nennt er:

1. die gemeinsamen slawischen Wurzeln,
2. die Lage an der Ostsee,
3. die Jahrtausende alte Integration in ein Handelssystem zwischen Nord- und Ostsee,
4. die Prägung der Region durch den Städtebund der Hanse, deren „wendisches Viertel u. a. die Städte Wismar, Rostock, Stralsund und Greifswald zusammen mit Lübeck, Hamburg und Lüneburg bildeten“¹,
5. die starke Stellung des Adels und eine darauf aufbauende Gutswirtschaft, die Jahrhunderte lang und in ihren Auswirkungen bis heute die Regionen prägt,
6. die gemeinsame agrarische Prägung der Region und
7. die große Bedeutung der Tourismuswirtschaft.

Natürlich ist dies alles keine Begründung für eine Kirche, es zeigt aber dass in dem für das große Kirchengebiet in Anspruch genommenen Raum viele gemeinsame Prägungen vorliegen. Auf diesem Hintergrund sind die im Grunde erst kürzlich, nämlich in den Jahren zwischen 1949 und 1989 aufgetretenen Differenzierungen der Lebenssituation in Ost- und Westdeutschland nicht über zu bewerten. Es ist interessant, dass der Psalmist schon zu seiner Zeit und in seiner Welt eine übergreifende Perspektive des Handelns Gottes im Blick hatte. Er freut sich darüber, dass Gott alle fröhlich machen will, die im Osten wie die im Westen leben.

Trotz dieser Überlegungen ist die immer wieder zu hörende Kritik an den Fusionsverhandlungen ernst zu nehmen, diese beachteten theologische Argumente zu we-

¹ M. North, Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns, München 2008, 7 f.

nig. Das ist wahr. Während z. B. unser Reformator Johannes Bugenhagen die Ordnung der reformatorischen Kirche aus dem Wort der Heiligen Schrift heraus gestalten wollte, haben bei den bisherigen Arbeiten an einer Verfassung der Nordkirche theologische Überlegungen kaum eine Rolle gespielt. Das ist aus meiner Sicht ein echtes Manko. Hier sollte für eine stärkere theologische Gewichtung des Verfassungsprozesses in Zukunft Sorge getragen werden. Dass die drei Partner sich übereinstimmend darauf verständigt haben, einen Hinweis auf die Barmer Theologische Erklärung in das Vertragswerk aufzunehmen, bietet dafür eine gewisse Voraussetzung.

2. Bugenhagenjahr: Aufbruch durch das Wort

Wir haben die 450. Wiederkehr des Todestages Johannes Bugenhagens am 20. April d. J. zum Anlass genommen, in der Pommerschen Evangelischen Kirche ein Bugenhagenjahr zu begehen. Ein Symposium im Niederdeutschen Bibelzentrum in Barth, eine Wissenschaftliche Konferenz der Theologischen Fakultät im Landesmuseum, die Eröffnung der Bugenhagenausstellung im Rahmen der Bachwoche und die lange Ausstellungsdauer vom Juni bis Anfang Oktober in der Marien- und in der Nikolaikirche in Greifswald, gleichzeitig im Wolgaster Stadtmuseum und nun noch im Barther Bibelzentrum, in Schleswig-Holstein, und an drei Orten in Polen (Treptow an der Rega, Warschau und Stettin) waren und sind eine gute Gelegenheit, den pommerschen Reformator und sein Anliegen bekannt zu machen. Höhepunkt unserer diesjährigen Bugenhagenfeierlichkeiten war der Festgottesdienst am 14. September d. J. im Greifswalder Dom. Während des Festaktes fand in Greifswald die Tagung Lutherischer Kirchenleitungen in Europa statt. Deren 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter 25 Bischöfinnen und Bischöfe nahmen am Gottesdienst teil und wirkten zum Teil auch mit.

Von Bugenhagen ist zu lernen, dass jeder nachhaltige Aufbruch durch das Wort Gottes geschieht. In der Festpredigt habe ich deswegen formuliert: „Es ist nicht zu viel behauptet, wenn man sagt, dass heute **ohne Bugenhagen die politische und kirchliche Landschaft Norddeutschlands und Nordeuropas anders** aussehen würde. Dabei hatte sich Bugenhagen nicht selbst zum Reformator aufgeschwungen. Er hatte lediglich das Wort Gottes, die Bibel, ernst genommen. Dieses Wort hatte sein Leben verändert. Im Gehorsam dem Wort Gottes gegenüber war er zum Diener am Wort geworden. Dieses Wort, die Wahrheit, sollte alle Welt hören. Aus dem Wort Gottes heraus sollten Kirche und Gesellschaft neu geordnet werden. Im Leben Johannes Bugenhagens hat sich gezeigt, dass **im Wort Gottes eine Kraft liegt, die Menschenleben und Gesellschaften** verändern kann.“

Man kann sich schon fragen, warum das Wort Gottes heute eine solche Sprengkraft wie zu biblischen Zeiten oder auch im 16. Jahrhundert offensichtlich kaum noch entfaltet. Die Kirche ist lebendig und an vielen Stellen aktiv. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hoch motiviert und engagiert. Es wird unendlich viel getagt, besprochen, organisiert, aber auch gepredigt und pastoriert. Trotzdem können wir noch keinen Aufbruch durch das Wort wahrnehmen. Ist uns das Wort Gottes und damit unsere Botschaft verloren gegangen oder ist heute seine Wirkung schwächer als in früheren Zeiten?

3. Die Botschaft wiedergewinnen:

EKD-Kompetenzzentrum „Mission in der Region“ - Zentrum Konfessionslosen begegnen - Jahr der Taufe

Bei Dietrich Bonhoeffer bin ich auf eine erregende Aussage gestoßen. In den Gedanken zum Tauftag seines Patensohnes schreibt er davon, dass er selbst „wieder ganz auf die Anfänge des Verstehens zurückgeworfen“ worden ist. Weiter schreibt er – und ich frage, ob dies nicht auch unsere Situation kennzeichnet: „In den überlieferten Worten und Handlungen ahnen wir etwas ganz Neues und Umwälzendes, ohne es noch fassen und aussprechen zu können. Das ist unsere eigene Schuld. Unsere Kirche, die in diesen Jahren nur um ihre Selbsterhaltung gekämpft hat, als wäre sie ein Selbstzweck, ist unfähig, Träger des versöhnenden und erlösenden Wortes für die Menschen und für die Welt zu sein.“ „Alles Denken, Reden und Organisieren in den Dingen des Christentums muss neu geboren werden... . Es ist nicht unsere Sache, den Tag vorauszusagen – aber **der Tag wird kommen -, an dem wieder Menschen berufen werden, das Wort Gottes so auszusprechen, dass sich die Welt darunter verändert und erneuert.** Es wird eine neue Sprache sein, vielleicht ganz unreligiös, aber befreiend und erlösend, wie die Sprache Jesu, dass sich die Menschen über sie entsetzen und doch von ihrer Gewalt überwunden werden, die Sprache einer neuen Gerechtigkeit und Wahrheit, die Sprache, die den Frieden Gottes mit den Menschen und das Nahen seines Reiches verkündet.“²

Wenn Bonhoeffer Recht hat, dann ist unser Zeugnis geschwächt, weil die Menschen die Kirche wahrnehmen als eine Institution, die in erster Linie um ihre Macht und ihren Einfluss kämpft. So sind die großen Worte korrumpiert, weil sie letztlich – nach dem Verständnis vieler – nicht Gottes wunderschöne Wirklichkeit zum Ausdruck bringen, sondern funktionalisiert werden, um die Macht der Kirche zu sichern. Solange die Nordkirche, unsere Missionsbemühungen und das Erheben der Stimme der Kirche in der Gesellschaft unter dieser Überschrift gesehen werden, bleibt die Wirkung des Wortes Gottes geschwächt. Letztlich aber ist das Wort Gottes eine starke Kraft und wird diese Welt verändern. Was können wir dazu beitragen, damit wir die Kraft des Wortes Gottes wiedergewinnen so, „dass sich die Welt darunter verändert und erneuert“?

Auch die Zuwendung zu den Menschen in unserer Region, die nicht der Kirche angehören, die so genannten Konfessionslosen, dürfen nicht den Eindruck gewinnen, es ginge uns bei der Ausrichtung unserer Botschaft letztlich nicht um sie, sondern um die Stärkung der Mitgliederzahl der Kirche. Seit Jahren bemühen wir uns darum, neu **die Kraft des Wortes Gottes für die Menschen in unserer Region wieder zu gewinnen.** Im Jahre 2004 haben wir deswegen zusammen mit der Universität Greifswald das „**Institut zur Erforschung von Evangelisation und Gemeindeentwicklung**“ gegründet. Wir wurden dabei unterstützt von der Badischen und der Württembergischen Landeskirche. Das Institut konnte weitere Kooperationen, z. B. mit Stiftungen und zusätzlichen Landeskirchen, aber auch international aufbauen. Das Institut nimmt für unsere Landeskirche auch die Aufgaben einer „Agentur für missionarische Dienste“ wahr. Im - gemeinsam mit dem Institut - entwickelten **Perspektivplan** für unsere Landeskirche, den unsere Landessynode im April 2005 mit Dank entgegengenommen hat, haben wir Ideen, Ziele und Wege beschrieben, wie wir die Menschen in unserer Region erreichen können.

² D. Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, hg. v. E. Bethge, Berlin 4. Auflage 1977, 327 f.

Als nun in diesem Frühjahr die EKD im Zuge des Reformprozesses „Kirche der Freiheit“ ein **Kompetenzzentrum „Mission in der Region“** ausgeschrieben hat, haben wir uns darum beworben. Die EKD möchte mehrere solcher Kompetenzzentren, z. B. zur Erneuerung der Predigtkultur, zur Qualitätsverbesserung von Gottesdiensten, zur Entwicklung einer kirchlichen Führungs- und Leitungskonzeption gründen, die dann deutschlandweit für die gesamte evangelische Kirche Ausbildung und Impulse bereitstellen können.

Die EKD sieht, dass in den letzten 10 Jahren sich innerhalb der Evangelischen Kirche eine Reihe von Missionsaktivitäten in den verschiedenen Landeskirchen entwickelt haben. Bisher aber fehlt, dass sich nicht nur Einzelne, einzelne Gemeinden und Pastoren, sondern ganze Kirchenkreise oder Regionen, geschweige denn Landeskirchen, darauf verständigt haben, in einer übereinstimmenden Weise missionarisch zu arbeiten. Eine Schwächung der missionarischen Bemühungen scheint darin zu liegen, dass sich die verschiedenen Akteure gegenseitig nicht akzeptieren, sondern neutralisieren, weil sie den missionarischen Ansatz der Nachbargemeinde, des Pfarrkollegen, des anderen Werkes nicht teilen. **Was fehlt, ist eine in einer bestimmten Region geteilte Vorstellung und Praxis von Mission.**

Genau hier hat sich auch bei dem ausgeschriebenem Kompetenzzentrum wiederum eine Schwäche gezeigt, auch bei unserer Bewerbung. Während das Institut sich zunehmender Akzeptanz innerhalb der EKD erfreuen kann und schnell klar war, dass die EKD auf die hier vorhandene wissenschaftliche Kompetenz zur Begleitung regionaler Missionsprojekte nicht verzichten wollte, wurden wir als Kirche danach gefragt, wie weit wir denn in der Umsetzung unseres Perspektivplanes bisher gekommen sind. Negativ wurde auch notiert, dass es uns nicht gelungen war, im Vorfeld zwischen den drei sich vereinigenden Landeskirchen im Norden ein überzeugendes gemeinsames Konzept zu entwickeln. Im Ergebnis wird nun das EKD-Kompetenzzentrum nicht allein in Greifswald angesiedelt sein, allerdings auch nicht ohne uns entstehen.

Kirchenkonferenz und Rat der EKD haben sich zum Schluss auf ein tripolares Kompetenzzentrum verständigt. Der Hauptsitz soll bei der Evangelischen Kirche von Westfalen in **Dortmund** angesiedelt werden. Hier soll exemplarisch an der **Modellregion entkirchlichtes Arbeitermilieu mit starken Migrationsanteilen in einer westdeutschen Großstadt** bearbeitet werden. Der zweite Pol des Zentrums soll in **Stuttgart** bei der Evangelischen Kirche von Württemberg liegen. Die Modellregion dort könnte umschrieben werden als „**sich entkirchlichendes bürgerliches Milieu in einer süddeutschen Metropole inmitten eines noch intakten volkskirchlichen Umfeldes**“. Den dritten Pol stellt **Greifswald**. Wir stehen für die **Modellregion des stark entkirchlichten deutschen Nordostens**. Das Institut soll die gesamte Arbeit des Kompetenzzentrums wissenschaftlich begleiten. Das Projekt ist insgesamt auf 5 Jahre angelegt.

Auch im **Nordkirchenprozess** liegt der Wunsch, die Zusammenführung der Kirchen möge doch auch einer Belebung des kirchlichen Lebens im Bereich von der dänischen bis zur polnischen Grenze führen. Alle drei Kirchen haben in den letzten 50 Jahren erdrutschartige Verluste an Kirchenmitgliedern erfahren müssen. Die Zahl der Konfessionslosen ist heute in Hamburg und Schleswig-Holstein in absoluten Zahlen exakt genau so groß wie in Mecklenburg-Vorpommern. Das heißt doch, viele Menschen werden von der Botschaft des Gottes, der fröhlich macht, „was da lebet im

Osten wie im Westen“ gar nicht mehr erreicht, ja sie haben noch nicht einmal die Chance, sie zu vernehmen.³

Bischof Knuth forderte im Frühjahr d. J., die Arbeit an einer Nordkirche mit der **Bemühung um einen missionarischen Aufbruch** zu verbinden. Wichtiger als Standortfragen und die Lösung von Strukturproblemen sei, „dass sich die Gotteshäuser füllen und lebendige, fröhliche und glaubensstärkende Gottesdienste gefeiert werden... Die Kirche lebt in erster Linie durch die christliche Verkündigung.“⁴

Die Mecklenburgische Kirchenleitung und besonders **Bischof von Maltzahn** haben einen ähnlichen Gedanken entwickelt, nämlich im Rahmen der im Entstehen begriffenen Nordkirche eine Einrichtung ins Leben zu rufen, die sich besonders um das Verständnis von Konfessionslosen und der Begegnung mit ihnen annimmt. Dieses **Zentrum „Konfessionslosen begegnen“**, an dem sich alle drei sich aufeinander zu bewegendes Landeskirchen engagieren sollen, soll auch dazu beitragen, „die Sprache einer neuen Gerechtigkeit und Wahrheit, die Sprache, die den Frieden Gottes mit den Menschen und das Nahen seines Reiches verkündet“ (Bonhoeffer) als Kirche neu zu lernen. Auch unsere **pommersche Idee**, ein „Jahr der Taufe“, bzw. ein „**Jahr zur Taufe**“ auszurufen, liegt auf der gleichen Linie. (Wir werden morgen noch darauf zurückkommen.)

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass es sicher kein Zufall ist, wenn Bonhoeffers Bemühungen um eine neue Sprache und eine neue Vollmacht der christlichen Botschaft ausgelöst werden von der Taufe seines Neffen. Auch wir haben die Kraft, die in unserer Taufe liegt, für unser Leben noch längst nicht ausgeschöpft. Die Fröhlichkeit der Getauften könnte ihrer Botschaft eine ganz neue Relevanz verleihen.

4. Religionsunterricht und christliche Bildung

Im Rahmen des Pommerschen Perspektivplans bildet neben der missionarischen Aufgabe die Bildungsaufgabe einen Schwerpunkt. Das Engagement in mittlerweile 10 evangelischen Schulen in Vorpommern (die nicht alle zur Schulstiftung gehören), ist dafür ein beredtes Beispiel. Ausdrücklich haben wir im Perspektivplan festgehalten: „Die Bedeutung des Religionsunterrichts für eine oftmals erste positive Begegnung mit der Bildung des Glaubens wird auf allen Ebenen neu ins gemeindliche und kirchliche Bewusstsein gehoben.“⁵ Beide Felder unseres Engagements, Schule und Religionsunterricht, sind äußerst umkämpft. Andererseits sind beides Erfolgsmodelle. Umso trauriger ist es, dass in beiden Bereichen in den letzten Monaten die weitere gedeihliche Arbeit in Frage gestellt wird.

Der **Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach** an den Schulen (gem. Art. 7 des Grundgesetzes/ GG) wird immer wieder von interessierten Kreisen **zur Disposition gestellt**. In diesem Sommer hat der humanistische Verband gefordert, auch in Mecklenburg-Vorpommern den von Kirche und Staat gemeinsam verantworteten Re-

³ Vgl. H.-J. Abromeit, die Vision einer gemeinsamen Kirche im Norden; in: Solo Verbo. Festschrift für Bischof Dr. Hans-Christian Knuth, hg. v. K. Kammholz, H. Kiene, R. Neubert-Stegemann und Gerhard Ulrich, Kiel 2008, 750 f.

⁴ EPD-Meldung vom 13. 2. 08.

⁵ Leben in Gottes Gegenwart. Perspektiven für die Pommersche Evangelische Kirche, Ergebnisse des Leitbildprozesses von 2003 bis 2005, Greifswald 2006, 22.

ligionsunterricht durch einen allein vom Staat verantworteten Unterricht in LER (Lebensgestaltung – Ethik -Religion) zu ersetzen. Dass dieser gegen die Kirchen und gegen den christlichen Glauben gerichtete Verband solche Forderung aufstellt, ist man gewohnt. Dass allerdings auch die LINKE, deren Vorgängerpartei, die PDS, noch vor wenigen Jahren im letzten Landtag die Bedeutung des Religionsunterrichts unterstrichen hat, sich dieser Forderung angeschlossen hat, ist mehr als bedauerlich. Trotzdem wird dieses Anliegen nach der Gesetzeslage und der Bestätigung des Status Quo durch die gegenwärtige Landesregierung kaum Aussicht auf Verwirklichung haben.

Dagegen sieht es so aus, dass eventuell die **staatliche Refinanzierung für die Evangelischen Schulen** mit der gerade in der Diskussion befindlichen Schulgesetznovelle **bis zu 20 % abgesenkt** werden könnten, für kleinere Schulen kann sogar eine Reduktion bis zu 35 % eintreten. Das würde enorme Auswirkungen auf die Evangelische Schullandschaft haben. Wahrscheinlich müssten bis zu zwei kleinere Schulen ganz eingestellt werden. Bei den anderen Schulen ist die weitere Entwicklung stark in Frage gestellt, weil die ausfallenden Kosten auf die Elternbeiträge umgelegt werden müssten. Dies würde dazu führen, dass nicht mehr alle Eltern, die bisher ihre Kinder auf die Evangelischen Schulen schicken, sich dies in Zukunft noch leisten können. Die ganze Diskussion ist erschwert, weil das Land bisher nicht klar benannt hat, wie hoch der eintretende Kürzungsfaktor exakt sein wird. Es ist nur zu hoffen, dass – besonders unter Mitwirkung des Regierungsbeauftragten – das Schlimmste noch abgewendet werden kann. Die evangelischen Schulen sind in unserer Schullandschaft unverzichtbar. Sie sind pädagogisch innovativ, fordern das staatliche Schulwesen zur Verbesserung heraus und sind in ihrer Zuwendung zum einzelnen Kind für die Steigerung der Qualität der schulischen Ausbildung unverzichtbar. Natürlich werden überall die Gelder knapp. Einen allgemeinen Sparkurs können wir als Kirche durchaus mittragen. Aber Reduktionen in einem so wie so schon stark nachholbedürftigem Schulwesen lehnen wir ab, besonders wenn sie einseitig zu lasten der Schulen in freier Trägerschaft gehen. In den letzten Wochen hat durch die allgemeine Finanzkrise die Haushaltslage der öffentlichen Kassen noch eine besondere Aufmerksamkeit gewonnen.

5. Das Beben der Finanzmärkte

Die weltweite Finanzkrise hat ein Ausmaß angenommen, das viele bis vor kurzem noch für unvorstellbar gehalten haben. Man spricht von einer noch nie da gewesenen **Vertrauenskrise**. Wiederholt habe ich den Satz gehört: „Die Welt wird nicht mehr dieselbe sein!“ Wenn auch in solcher Redeweise immer ein Stück Übertreibung liegt, zeigt sie uns doch die im Moment noch unabsehbare Dimension des Geschehens. Weltweit brechen Banken, Unternehmen und private Existenzen zusammen. Was ist geschehen?

Erlauben Sie mir, ein klein wenig auszuholen, um die Dimension des Geschehenen recht darstellen zu können. In der heutigen offenen Gesellschaft wird der Markt als Verteilungsinstrument für Güter, Dienstleistungen und zunehmend auch von Sozialleistungen akzeptiert. Schon früher hat die evangelische Sozialethik erkannt, dass zum Gelingen des Miteinanders in der Gesellschaft es nicht reicht, sich den bloßen Heilungskräften des Marktes anzuvertrauen. Denn der Markt produziert Gewinner und Verlierer. Schon in der Weimarer Republik wurde deswegen von evangelischen Ethikern die Soziale Marktwirtschaft entwickelt.

Die Erfahrungen des letzten Jahrhunderts haben gezeigt, dass der Markt als Verteilungsinstitution allen planwirtschaftlichen Systemen überlegen ist. Allerdings darf der Markt nicht sich selbst überlassen werden, sondern die Politik ist gefordert, durch gesellschaftlichen Konsens dem Markt Grundregeln bereit zu stellen, damit das Marktgeschehen nicht nur einige wenige große Gewinner und viele Verlierer produziert. Das gleiche gilt auch für die Sozialleistungen. In einem bestimmten definierten Rahmen können verschiedenen Einrichtungen, wie Krankenkassen, Altersversicherungen etc. miteinander konkurrieren. Diese politisch bedingten Regeln der Sozialen Marktwirtschaft dürfen das Marktgeschehen als solches nicht ersticken, sondern müssen den Markt in seiner Lebendigkeit zur Geltung kommen lassen. Der Markt hat nämlich sonst die Tendenz, sich allumfassend zu entwickeln und auszubreiten. Selbst in den Raum der Intimität dringt er ein und zerstört diesen damit. Liebe und Glaube lassen sich nicht vermarkten. Trotzdem gibt es auch in diesen Bereichen Konkurrenz und damit ein gewisses marktähnliches Verhalten.

Während nun die einen den freien Markt vergöttert haben, legten die anderen – allen voran **Karl Marx** – die **freie Marktwirtschaft** auf den denunzierenden Begriff Kapitalismus fest. Für Marx und seine Anhänger ist für den **Kapitalismus** das Privateigentum an den Produktionsmitteln charakteristisch. Dieses gäbe dem „Kapitalisten“ die Möglichkeit, den von den Arbeitern erwirtschafteten Mehrwert sich unentgeltlich anzueignen. Kapitalismus ist danach immer Ausbeutung. Er führt schließlich zu einer Aufspaltung der Gesellschaft zwischen wenigen, sehr reichen Kapitalisten und dem großen, verelendeten Proletariat. Diese Spannung ist – nach Marx - nur durch eine gewaltsame Beseitigung des Kapitalismus aufzulösen und in Sozialismus und Kommunismus zu überführen.

Auf der anderen Seite hat man uns einreden wollen, Wirtschaft funktioniere nur so und Wohlstand sei nur erreichbar, wenn jeder die Möglichkeit habe, seinen eigenen Nutzen zu suchen. Dann würden am Ende alle das meist Mögliche erreichen. Dabei wird die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Marktwirtschaft zurückgeführt auf das Gewinnstreben Einzelner ist. Darüber hinaus gehende Regelungen und normative Festlegungen seien vom Übel.

Beide – hier nur sehr grob skizzierten **Wirtschaftsformen** – sind **mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar**. Danach ist weder das Privateigentum an Produktionsmitteln der Sündenfall der Gesellschaft noch eine Haltung tolerabel, die nur darauf beruht, seinen eigenen Nutzen zu suchen. Nach christlicher Überzeugung gehören **Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit** schon mit in die **Grundlagen des Wirtschaftssystems**. Der Grundsatz, den Profit auf jeden Fall zu maximieren, ist kein christlicher Grundsatz. Natürlich ist Gewinn nicht moralisch verwerflich, aber in einer Güterabwägung sind drei Prozent Rendite und der gleichzeitige Erhalt vieler Arbeitsplätze besser als 25 % Rendite und wenig Arbeitsplätze.

Nachdem der Sozialismus mit staatlicher Planwirtschaft bereits im letzten Jahrhundert gescheitert ist, zeigen die gegenwärtigen Entwicklungen in der Wirtschaft, dass die ganz freie Marktwirtschaft ebenfalls nicht funktioniert. Marktwirtschaft, im Moment wird das besonders am Bankensystem deutlich, braucht eine starke Aufsicht und konkrete Vorgaben, sonst droht der Grundsatz der Profitmaximierung sich zu verselbständigen und der von Bankern gern zitierte Satz: „Gier frisst Hirn!“ Wirklichkeit zu werden. Jedem rational denkenden Menschen hätte klar sein können, dass solche rasante Risikobeleihung, wie sie besonders bei den Immobilienkrediten in den USA praktiziert worden ist, auf Dauer nicht funktionieren kann. Vom christlichen Menschenbild her gilt es, den Verlockungen der extremen Systeme, seien sie mit sozialistischer Planwirtschaft oder völlig freiem Markt verbunden, zu widerstehen.

Nur die recht angewandte soziale Marktwirtschaft wird in der Lage sein, die Krise zu überwinden. Zum fröhlichen Leben im Osten wie im Westen gehört die Versorgung mit dem zum Leben Notwendigen. Spitzenmanagergehälter in der Wirtschaft von bis zu 10.000 € pro Tag sind in keiner Weise akzeptabel.

Wir haben von der Gefahr der Selbstbeschäftigung der Kirche geredet. Vor 70 Jahren war die Evangelische Kirche schon einmal so mit sich selbst beschäftigt, dass sie die Lebensbedrohung ihrer jüdischen Geschwister neben sich gar nicht wahrgenommen hat. In Scham und Trauer müssen wir deswegen in diesen Tagen des 9. Novembers 1938 und der danach einsetzende Judenvernichtung gedenken.

6. Gedenken an den 9. November 1938

In wenigen Tagen, am 9.11., stehen wir vor der Frage, wie wir das Gedenken an den 70. Jahrestag der Reichspogromnacht gestalten wollen. Der Arbeitskreis Kirche und Judentum unserer Landeskirche hat angeregt, an diesem Tag besondere Andachten und Gottesdienste durchzuführen und hat dafür Anregungen und Materialien erarbeitet. Diese Anregung habe ich gern aufgenommen und freue mich, dass auch die Kirchenleitung sie positiv aufgenommen hat.

Der Arbeitskreis hat außerdem vorgeschlagen, den 9. November künftig dauerhaft als besonderen kirchlichen Gedenk- und Bußtag zu begehen. Eine ähnliche Initiative ist vor einiger Zeit bereits in der Kirchenkonferenz der EKD erörtert worden. Dort hat es – aus wohlüberlegten Gründen - keine Zustimmung gegeben. Vor allem ist ja zu berücksichtigen, dass das Datum des 9. November sehr unterschiedliche Ereignisse der deutschen Geschichte wachruft. So wird im Jahr 2009 dieser Tag – als 20-jähriges Jubiläum der Maueröffnung – eher freudig begangen werden. Auch ist mir fraglich, ob ein verordneter Gedenktag in enger zeitlicher Nähe zum Bus- und Betttag ein angemessener Impuls sein kann.

Wichtig ist das Gedenken. Unsere ganze Kirche ist dazu aufgerufen. Ich möchte anregen, dass unsere Synode zum 9. November in diesem Jahr eine Erklärung beschließt und habe dafür einen Vorschlag vorbereitet:

„Am 9. November vor siebzig Jahren brannten in Deutschland die Synagogen. Auch in Pommern wurden jüdische Menschen verhaftet und gequält, Gotteshäuser und Friedhöfe verbrannt und geschändet. Die Entrechtung und Entwürdigung von Juden durch die nationalsozialistische Politik erreichte einen Höhepunkt. Das Geschehen der Reichspogromnacht leitete den Beginn des Völkermordes an den Juden ein. Wenige Jahre später, im Februar 1941 begann in Pommern als erster Provinz des Deutschen Reiches die Deportation der Juden in die Vernichtungslager. Nur ganz wenige haben überlebt.

Die Erinnerung an das damalige Geschehen erfüllt uns mit Scham und Fassungslosigkeit. Auch unsere Kirche und viele Christen haben damals Schuld auf sich geladen, durch Wegschauen oder verblendetes Mittun. Nur wenige haben Widerstand geleistet. Dietrich Bonhoeffers Warnung vor dem antisemitischen Ungeist und seinen Folgen fand kaum Gehör.

Die Synode ruft die Gemeinden der pommerschen Kirche auf, in diesem Jahr am 9. November in Gottesdiensten, Andachten und Gedenkveranstaltungen die Erinnerung an das damalige Geschehen wach zu halten. Namen jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen der Vergessenheit entrissen werden. Die Verirrung eines Glaubenszeugnisses, das die Bundestreue Gottes zu seinem Volk Israel in Frage stellt soll benannt und überwunden werden. Zeugnis und Dienst unserer Kirche soll unmissverständlich dafür einstehen, dass neu aufkeimender Judenfeindschaft Widerstand entgegengesetzt wird. Wir dürfen Gott um Vergebung bitten und uns dafür einsetzen, dass durch Neubesinnung ein neuer Anfang im Verhältnis zu Juden möglich wird.“

Schlussbemerkung

Ein Jahr im Leben und in der Leitung unserer Kirche ist nicht langweilig. Die Herausforderungen sind nicht gering, aber die Chancen für Verkündigung und Kirchenentwicklung eröffnen uns einen großen, freien Raum. Wie hatte ich zu Anfang meines Berichtes im Blick auf Psalm 65 gesagt?

Gott rüstet den Menschen mit allem aus, was er zum Leben braucht. Er vergibt Sünde und schafft so Neuanfänge. Darum ist Gott Heil und Zuversicht aller auf Erden. Diesen uns stärkenden, vergebenden und Neuanfänge schaffenden Gott brauchen wir in der Pommerschen Evangelischen Kirche Jahr für Jahr. Denn von ihm gilt, erinnern wir uns: „Du machst fröhlich, was da lebt im Osten wie im Westen“.